

Niederschrift
über die 2. Sitzung des Kulturausschusses
am 06.05.2026

Tagungsort: Nowgorod-Raum, EG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:16 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Marcus Kleinkes
Frau Silke Strothmann-Brinker
Herr Marlon Thenhaus
Herr Rasmus Vedder
Herr Michael Weber

SPD

Herr Markus Kollmeier
Herr Frederik Suchla
Herr Frank Tippelt
Frau Miriam Welz

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Lisa Brockerhoff
Herr Jörn Buldmann
Frau Hannelore Pfaff

AfD

Herr Martin Breuer
Herr Michael Sahm

Die Linke

Frau Jasmina Janoschka
Frau Astrid Lehmann

FDP

Frau Laura von Schubert

Beratende Mitglieder

Frau Anja Dörrie-Sell
Herr Ralph Würfel

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Juliane Bartelheimer
Frau Renate Worms

Verwaltung:

Frau Beigeordnete Birgit Beckermann (Dezernat 2)

Frau Almut Fortmeier (Dezernat 2)

Herr Volker Backes (Dezernat 2)

Frau Brigitte Brand (Kulturamt)

Frau Dr. Julia Capros (Stadtbibliothek)

Frau Miriam Köpke (MuKu)

Frau Dr. Constanze Döhner (Historisches Museum)

Frau Dr. Elisabeth Schwarm (Museum Huelsmann)

Herr Dr. Ingo Höpfner (naturkunde-Museum)

Frau Andrea Ellinghorst (Schriftführung)

Frau Kerstin Lohmann (Kulturamt)

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Weber begrüßt die Mitglieder des Kulturausschusses und die anwesenden Vertreter*innen der Verwaltung zur zweiten Sitzung des Ausschusses in der Sitzungsperiode 2025 bis 2030.

Herr Weber stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Die Ausschussmitglieder erklären sich mit der Tagesordnung einverstanden.

Herr Ralph Würfel (Kulturpact), beratendes Mitglied im Kulturausschuss, sowie Frau Juliane Bartelheimer (Kulturpact), stellvertretendes beratendes Mitglied im Kulturausschuss, werden vom stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Herrn Weber gemäß folgender Formel verpflichtet:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz (GG), die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Herr Würfel und Frau Bartelheimer bekunden ihr Einverständnis mit einem deutlichen „Ja“.

Die vorbereiteten personalisierten Niederschriften zur Verpflichtung werden anschließend vom Ausschussvorsitzenden Herrn Weber und Herrn Würfel sowie Frau Bartelheimer unterzeichnet und von der Schriftführung archiviert.

Frau Lehmann begrüßt die beratende Mitgliedschaft von Herrn Würfel und Frau Bartelheimer als Vertreter*innen des Kulturpactes im Kulturausschuss. Sie halte es für wichtig, dass auf diese Weise die Interessen und Anliegen der alternativen Kulturszene dem Kulturausschuss dargelegt werden könnten.

Die Teilnehmerliste für die Informationsveranstaltung „Kunst und Kultur in Bielefeld - Status quo und Ausblick“, Einführung für alle Mitglieder des Kulturausschusses am Mittwoch, 03.06.2026, 16.00 Uhr, im Else-Zimmermann-Saal im Technischen Rathaus wird zur Eintragung an die Mitglieder des Kulturausschusses verteilt.

Frau Beckermann macht anschließend aufmerksam auf die Sondersitzung des Kulturausschusses gemeinsam mit dem Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb am 19.05.2026 um 15.00 Uhr im Ratssaal. Das Thema der gemeinsamen Sondersitzung sei die zukunftsorientierte Generalsanierung der Kunsthalle der Stadt Bielefeld. Die entsprechende Vorlage werde in der nächsten Woche veröffentlicht.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 1. Sitzung des Kulturausschusses am 04.03.2026

Ohne Aussprache fasst der Kulturausschuss den folgenden

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Niederschrift zur 1. Sitzung des Kulturausschusses am 04.03.2026 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Der Kultursommer Bielefeld 2026 – Kurs nehmen auf einen inspirierenden Sommer

(Hinweis: Die Mitteilung steht im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme zur Verfügung.)

Die Mitglieder des Kulturausschusses nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 „Freiraum Rochdale“ als Ort kultureller Stadtentwicklung in Bielefeld wieder geöffnet

(Hinweis: Die Mitteilung steht im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme zur Verfügung.)

Die Mitglieder des Kulturausschusses nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2.3 „Bielefeld – Stadt der Träume!“ - Kreatives Ferienprogramm auf dem Freiraum Rochdale in den Sommerferien 2026

(Hinweis: Die Mitteilung steht im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme zur Verfügung.)

Die Mitglieder des Kulturausschusses nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2.4

Save-the-Date: Kultur der Zukunft – Camp zur Kulturentwicklung in Bielefeld

(Hinweis: Die Mitteilung steht im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme zur Verfügung.)

Die Mitglieder des Kulturausschusses nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3

Anfragen

Zu Punkt 3.1

Masterplan Kulturbauten (Gebäude für kulturelle Veranstaltungen und Nutzungen)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0719/2025-2030

Herr Weber verweist auf die im Ratsinformationssystem veröffentlichte Antwort der Verwaltung.

Frau von Schubert ist der Ansicht, dass die vorgelegte Antwort vor allem für die betroffenen Kultureinrichtungen nicht zufriedenstellend sei. Die Liste sei ein Instrument des professionellen Gebäudemanagements für alle städtischen Immobilien. Eine Aktualisierung dieser Liste habe nichts mit der derzeitigen Haushaltssituation der Stadt Bielefeld zu tun, sondern sei Voraussetzung dafür, das Gebäudemanagement zu steuern. Die von der Stadt vermieteten Kulturbauten, wie das Bauernhausmuseum, das Theater in der Feilenstraße, das Tor 6 Theaterhaus, der Bunker Ulmenwall, der Kunstverein am Waldhof usw. seien zum Teil sehr alt. In einem Masterplan für die Kulturbauten würden nicht nur Sanierungsmaßnahmen aufgeführt, sondern auch Sanierungsbedarfe festgestellt. Gerade in Zeiten prekärer Haushaltslagen sei es wichtig, mit einem Masterplan für die Kulturbauten den Kulturakteur*innen Planungssicherheit zu geben. Eine Verschleppung von Sanierungsmaßnahmen wirke sich negativ auf die Gebäudestrukturen aus. Eine spontane Planung stelle die Kulturakteur*innen häufig vor Probleme. Frau von Schubert regt an, dass dem Kulturausschuss eine solche Liste zur Verfügung gestellt werde. Sie begrüße es darüber hinaus, wenn jemand aus dem Immobilienservicebetrieb im Kulturausschuss die Maßnahmenliste vorstelle, da die Gebäude eine Grundlage für eine stabile Kulturarbeit in Bielefeld seien.

Frau Beckermann pflichtet Frau von Schubert bei, dass ein professionelles Kulturbauten-Management essenziell für eine Stadt sei. An einer solchen Liste werde derzeit gearbeitet, da die derzeitige Haushaltslage eine neue Bewertung erforderlich mache. Es bedürfe einer Analyse der in der Liste aufgeführten Bauten, um für die Zukunft

Vorschläge machen zu können, wie weiter vorgegangen werden könne. Wenn die Maßnahmenliste analysiert und entsprechend der derzeitigen Situation der Stadt Bielefeld aktualisiert sei, werde sie im Kulturausschuss vorgestellt und erläutert. Ein Zeitpunkt dafür könne aktuell nicht genannt werden.

Die Mitglieder des Kulturausschusses nehmen die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4

Anträge

Zu Punkt 4.1

Überlegungen und Szenarien für die räumliche Weiterentwicklung des Naturkunde-Museums

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1211/2025-2030

Frau von Schubert weist darauf hin, dass in der vorletzten Ratsperiode entschieden worden sei, dass das Naturkunde-Museum in den Ravensberger Park ziehen solle. Seitdem sei darüber im Kulturausschuss nicht mehr gesprochen worden. Es sollten aber im Sinne der Bürger*innen der Stadt Bielefeld und aufbauend auf dem ursprünglich gefassten Beschluss möglichst schnell Szenarien entwickelt werden, wie sich die räumliche Situation des Naturkunde-Museums verbessern könne. Dies beinhalte auch eine strategische Planungsmöglichkeit für das Naturkunde-Museum. Der Antrag werde gestellt, damit in der nächsten Sitzung des Kulturausschusses die Überlegungen der Verwaltung dazu vorgestellt würden, um dann in der Politik weitere Beschlüsse verabschieden zu können.

Herr Thenhausen erklärt, dass allen bewusst sei, dass beim Naturkunde-Museum Handlungsbedarf bestehe. Er stellt daher den folgenden

Änderungsantrag:

Die Verwaltung wird gebeten, in einer der kommenden Sitzung des Kulturausschusses mögliche Szenarien für die räumliche Weiterentwicklung des Naturkunde-Museums darzulegen. Dabei sind sowohl die räumlichen Möglichkeiten im Ravensberger Park unter Berücksichtigung der städtebaulichen Neugestaltung des Parks als auch andere mögliche Standorte im Innenstadtbereich zu betrachten.

Es sei offensichtlich, dass bis zur nächsten Sitzung die Vorstellung eines Szenariums für die räumliche Weiterentwicklung nicht möglich sei.

Der vorgelegte Antrag berücksichtige zusätzlich, dass die Neugestaltung des Ravensberger Parks bei den Überlegungen zu einem neuen Standort für das Naturkunde-Museum genauso wie mögliche andere Standorte im Innenstadtbereich mitberücksichtigt werden sollten. Da es schwere bauliche Mängel im Naturkunde-Museum, wie beispielsweise Wasser im

Keller, gebe, sei klar, dass zeitnah etwas passieren müsse.

Herr Sahm erklärt, dass der Antrag der FDP mitgetragen werde. Es werde von Beschäftigten im Naturkunde-Museum von einer antiquierten Dauerausstellung gesprochen. Eine Erneuerung könne im Zuge der räumlichen Umgestaltung mitgeplant werden.

Frau Welz weist darauf hin, dass ausdrücklich an dem bereits lange diskutierten Standort im Ravensberger Park festgehalten werden müsse. Hier sei schon viel Arbeit in eine diesbezügliche Planung gesteckt worden.

Frau Brockerhoff unterstützt den Änderungsantrag und erklärt, dass sie davon ausgegangen sei, dass der Museumsumbau bei den Plänen für den Ravensberger Park immer mitgedacht worden sei. Dies sei auch die Beschlusslage. Im Rahmen der derzeitigen Haushaltslage stelle sich allerdings die Frage, was wann Sinn mache.

Frau Beckermann weist darauf hin, dass im Planungsauftrag für die Neugestaltung des Ravensberger Parks ausdrücklich berücksichtigt worden sei, dass dort das Naturkunde-Museum verortet werden könne bzw. solle. Dies sei in den vorgeschlagenen Entwürfen, insbesondere in dem Siegerentwurf, berücksichtigt worden. Frau Beckermann macht ferner deutlich, dass der Umbau/Umzug des Naturkunde-Museums im Bauprogramm der Stadt Bielefeld bislang eine geringere Priorität als andere Projekte habe.

Frau Brockerhoff regt an, auch im Hinblick auf den Bau einer neuen Förderschule, der bisher in dem Bauprogramm nicht enthalten gewesen sei, einen aktualisierten Plan für die Kulturbauten vorzustellen.

Frau von Schubert erklärt, dass sie sich dem Änderungsantrag anschließen könne. Sie begrüßt es, dass das Thema wieder auf der Agenda des Kulturausschusses stehe.

Der Kulturausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, in einer der kommenden Sitzung des Kulturausschusses mögliche Szenarien für die räumliche Weiterentwicklung des Naturkunde Museums darzulegen. Dabei sind sowohl die räumlichen Möglichkeiten im Ravensberger Park unter Berücksichtigung der städtebaulichen Neugestaltung des Parks als auch andere mögliche Standorte im Innenstadtbereich zu betrachten.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 4.2 Zeitraahmen für die Neukonzeption des Kulturmarketings

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1213/2025-2030

Frau von Schubert sieht einen Handlungsbedarf bei dem Thema „Neukonzeption des Kulturmarketings“ und hält das Setzen eines Zeitrahmens für erforderlich. Sie weist darauf hin, dass dieses Thema auch im Koalitionsvertrag der Fraktionen von CDU und SPD enthalten sei.

Frau Welz erklärt, dass es nicht sinnvoll sei, den Wortlaut des Koalitionsvertrages zu zitieren und die Verwaltung zu beauftragen, das Kulturmarketing neu zu konzipieren. Es sei viel mehr wichtig, im Kulturausschuss zu klären, was von einem städtischen Kulturmarketing erwartet werde, wie Personalstrukturen aussehen könnten und wie sich der Außenauftritt verbessern könnte. Die Diskussion hierzu sei in den letzten Jahren häufig geführt worden und hier beauftrage der Koalitionsvertrag dazu, diese Situation effizient und sinnvoll zu klären. Sie stellt daher den folgenden

Änderungsantrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, in den nächsten Sitzungen die derzeitige Situation bzw. Verantwortungsstrukturen des Kulturmarketings, falls nötig in Abgrenzung zum allgemeinen Stadtmarketing der Stadt Bielefeld, darzustellen. Ziel ist eine fundierte und zielorientierte Anpassung des Kulturmarketings.

Es solle geklärt werden, wo welche Verantwortungen verortet seien, was vorliege und was verändert werden solle. Ziel solle es sein, über Parteigrenzen hinaus, gemeinsam etwas Sinnvolles für das Kulturmarketing der Stadt Bielefeld zu entwickeln.

Herr Würfel bedankt sich für den Antrag, da es ein wichtiges Thema sei, das möglichst früh auf die Agenda des Kulturausschusses gehöre. Im letzten Jahr sei ein Beirat für das Kulturmarketing eingerichtet worden, in dem der Kulturpact auch zwei Sitze habe. Das Gremium arbeite bereits. In den zwei jährlichen Sitzungen stellten das Kulturamt und die Bielefeld Marketing GmbH ihre Zusammenarbeit vor. Verbesserungen im Hinblick auf die freie Szene seien wünschenswert. Bei einer Vorstellung des aktuellen Konzeptes werde er detailliert Stellung nehmen.

Frau Brockerhoff stimmt dem Änderungsantrag zu und findet es wichtig,

im Kulturausschuss zu diskutieren, wie das Kulturmarketing auf der Grundlage des Kulturentwicklungsplans in Zukunft aufgestellt werden solle.

Frau von Schubert erklärt, dass der Grundfehler bei diesem Thema der Beschluss der Aufteilung des Kulturmarketings gewesen sei.

Der Kulturausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in den nächsten Sitzungen die derzeitige Situation bzw. Verantwortungsstrukturen des Kulturmarketings, falls nötig in Abgrenzung zum allgemeinen Stadtmarketing der Stadt Bielefeld, darzustellen. Ziel ist eine fundierte und zielorientierte Anpassung des Kulturmarketings.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.3

Zeitplan zur Umsetzung des Konzeptes Kunst im öffentlichen Raum

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1214/2025-2030

Frau von Schubert erklärt, dass durch die Anfrage der FDP zum Thema Kunst im öffentlichen Raum deutlich geworden sei, dass das Thema derzeit brachliege. Das ursprüngliche von Frau Laskowski erarbeitete und im Kulturausschuss vorgestellte und beschlossene Konzept werde ausdrücklich unterstützt. Die Bedenken der einzelnen Bezirksvertretungen seien weitestgehend ausgeräumt worden. Das Konzept müsse nun abschließend umgesetzt werden. Die Städte Herford und Gütersloh seien hier schon einen Schritt weiter. Es bestehe die Gefahr, dass Kunstwerke im öffentlichen Raum aus verschiedenen Gründen verloren gingen oder beschädigt werden könnten.

Frau Welz weist darauf hin, dass es keinen Beschluss auf Ratsebene zu diesem Thema gegeben habe, da keine einheitliche Linie aus den Stadtbezirken vorliege. Das Thema Kunst im öffentlichen Raum liege bei den Bezirken und die meisten Bezirke kümmerten sich um ihre Kunst. Es hätten interne Initiativen der Bezirksbürgermeister*innen begonnen, die eine Basis darstellten, um aus den in den Bezirken erarbeiteten Vorschlägen zeitnah im Kulturausschuss einen Beschluss fassen zu können.

Frau Brockerhoff stimmt den Ausführungen zu. Es mache keinen Sinn, das Thema aus dem Kulturausschuss heraus zu regeln. Vielmehr müsse

die Initiative und müssten die Vorschläge von den Bezirken kommen.

Frau von Schubert fragt, welcher Zeitrahmen vorgesehen werden solle. Wenn das Konzept von Frau Laskowski im Kulturausschuss keine Unterstützung finde, stelle sich die Frage, warum bisher nichts passiert sei, um ein neues Konzept zu entwickeln. Die Zuständigkeit des Kulturausschusses sei ergänzend und nicht ersetzend gewesen.

Frau Welz weist darauf hin, dass bereits begonnen worden sei, mit den Bezirken tragbare Lösungen zu entwickeln, ihnen aber entsprechend der Gemeindeordnung die Zeit eingeräumt werden sollte, die sie brauchen.

Der Kulturausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten in der nächsten Sitzung des Kulturausschusses einen Zeitplan für die Umsetzung des Konzeptes Kunst im öffentlichen Raum darzulegen.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Zu Punkt 4.4 Neuaufstellung Kulturamt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1215/2025-2030

Frau von Schubert weist darauf hin, dass eine Neugestaltung des Kulturamtes schon Inhalt des ersten Kulturentwicklungsplans gewesen und noch immer aktuell sei. Die Anliegen der freien Szene zu diesem Thema sollten berücksichtigt werden und es solle, auch mit Blick auf den Koalitionsvertrag der Fraktionen von CDU und SPD, zeitnah zu einer Neukonzeption des Kulturamtes kommen. Dabei solle der Charakter des Kulturamtes als Servicestelle für die freie Szene herausgestellt werden. Es müssten effiziente Förderstrukturen entwickelt und es müsste die Digitalisierung vorangetrieben werden. Sie könne sich vorstellen, die eigene Programmabteilung des Kulturamtes zu Gunsten einer verstärkten Förderung der freien Szene zur Disposition zu stellen, um Innovationen zu fördern und eine Konkurrenz zwischen dem Kulturamt und der freien Szene zu vermeiden. Weniger eigenes Programm schaffe Kapazitäten für eine Neuausrichtung des Kulturamtes.

Herr Thenhausen weist darauf hin, dass die Anträge der FDP immer einen kurzen Zeitrahmen beinhalten, aber wenig dazu gesagt werde, was im Kulturausschuss vorab besprochen werden müsse. Der Antrag werde abgelehnt. Auch wenn das Thema sehr wichtig sei, müsse vorher im Ausschuss darüber gesprochen werden.

Frau Bockerhoff lehnt den Antrag ebenfalls ab, da die Verwaltung nicht

unnötig mit Arbeit beschäftigt werden müsse. Zunächst müsse im Kulturausschuss unter Berücksichtigung der Haushaltssituation über eine mögliche neue Ausrichtung diskutiert werden.

Herr Würfel begrüßt den Antrag, weil eine Transformation wichtig sei. Das Kulturamt sei ein verlässlicher und wichtiger Partner für die freie Szene. Die Angebote müssten modernisiert und an aktuelle Bedarfe angepasst werden. Die eigenen Veranstaltungen sollten in Fördermaßnahmen oder Kooperationsprojekte überführt oder stärker kontrolliert werden. Er ist der Ansicht, dass für eine Transformation eine externe Expertise erforderlich sei. Entscheidend sei dafür, dass das Kulturamt finanziell wesentlich besser ausgestattet werde. Er könne sich vorstellen, dass das Kulturamt nicht mehr als Amt Teil der Stadtverwaltung bleibe, sondern es beispielsweise, wie in anderen Städten, als Kulturbüro oder als eigenbetriebsähnliche Einrichtung ausgegliedert werde.

Herr Sahm erklärt, dass er den Antrag inhaltlich unterstütze und Ideen vorgelegt werden müssten, der geforderte Zeitrahmen sei jedoch nicht realistisch, weswegen er sich enthalten werde.

Herr Thenhausen weist darauf hin, dass man zunächst über das „was und wie“ sprechen und erst dann über das „wann“ sprechen müsse.

Der Kulturausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten in der nächsten Sitzung des Kulturausschusses einen Zeitrahmen für die Erarbeitung eines Konzeptes für die Neuaufstellung des Kulturamtes darzulegen.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Zu Punkt 5

Vorstellung der Geschäftsberichte 2025 der Stadtbibliothek, der Musik- und Kunstschule, des Historischen Museums, des Museums Huelsmann und des Naturkunde-Museums

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1081/2025-2030

Frau Dr. Capros stellt den Geschäftsbericht der Stadtbibliothek vor.

Frau von Schubert bedankt sich für die Vorstellung des

Geschäftsberichts. Sie fragt, ob die Einführung der „Open Library“ Software, die zu einer Erweiterung der Öffnungszeiten in einigen Stadtteilbibliotheken geführt habe, in weiteren Stadtteilbibliotheken geplant sei.

Frau Dr. Capros berichtet, dass geplant sei, nach und nach alle Stadtteilbibliotheken mit der „Open Library“ Technik auszurüsten. Der nächste Standort, an dem diese Technik mit Hilfe von Landesfördermitteln eingeführt werden könne, sei die Stadtteilbibliothek in Heepen. Diese solle dann auch von 10.00 Uhr bis 20.00 Uhr an sieben Tagen in der Woche geöffnet sein. Außerdem sei im Rahmen des Baus der neuen Schule in Schildesche ein sogenannter Bibliotheksturm für die Schul- und Stadtteilbibliothek mit der „Open Library“ Technik geplant.

Herr Thenhausen hebt hervor, dass bei geringeren finanziellen Aufwendungen eine höhere Besucher*innenzahl erreicht worden sei. Auf Nachfrage von Herr Thenhausen erklärt Frau Dr. Capros, dass ungefähr 40 % der Veranstaltungen in der Zentralbibliothek und die restlichen 60 % der Veranstaltungen in den Stadtteilbibliotheken stattfänden.

Herr Kollmeier würdigt, dass sich sowohl die Zentralbibliothek als auch die Stadtteilbibliotheken kontinuierlich, auch als sog. dritter Ort, weiterentwickeln und dass das Angebot von einem sehr diversen Publikum sehr gut angenommen werde.

Frau Janoschka betont, dass es besonders positiv zu bewerten sei, wieviel sich in den Stadtteilbibliotheken entwickelt habe. Dafür sprächen auch die gestiegenen Besucher*innenzahlen. Auch die Bemühungen um inklusive Angebote seien anzuerkennen.

Frau Köpke stellt den Geschäftsbericht der Musik- und Kunstschule vor.

Frau von Schubert bedankt sich für die Ausführung und interessiert sich für die Erfahrungen der Musik- und Kunstschule in der Zusammenarbeit mit den Offenen Ganztagschulen.

Frau Köpke erklärt, dass es einige Kooperationen mit Offenen Ganztagschulen bereits gebe und weitere folgen sollen. Schwierig sei die Planung deswegen, weil die Angebote von beispielsweise Sportvereinen deutlich günstiger seien. Mit finanzieller Unterstützung der Walter Blüchert Stiftung werde versucht, diese Lücke auszugleichen. Derzeit würden in der Musik- und Kunstschule noch mehr Angebote für den OGS-Bereich konzipiert, da nach den Sommerferien das neue Ganztagsförderungsgesetz in Kraft trete. Danach gelte ein gesetzlicher Rechtsanspruch auf ganztägige Förderung für Kinder im Grundschulalter, beginnend ab der ersten Klasse ab dem Schuljahr 2026/2027. Durch die Festanstellung der Mitarbeiter*innen sei man allerdings weniger flexibel. Es müssten eigene Angebote gekürzt werden, um OGS-Angebote machen zu können oder der Personalschlüssel müsste erhöht werden.

Frau Dr. Döhrer stellt den Geschäftsbericht des Historischen Museums

vor.

Frau Strothmann-Brinker bedankt sich für die Ausführungen. Ihr sei in dem Geschäftsbericht aufgefallen, dass die Einnahmen im Jahr 2025 geringer seien als im Jahr 2024 oder im Jahr 2023, obwohl die Besucher*innenzahlen gleich geblieben seien.

Hierzu erklärt Frau Dr. Döhrer, dass in den Einnahmen auch immer die Drittmittel verzeichnet seien. Im Jahr 2025 seien weniger Drittmittel als in den anderen Jahren eingeworben worden. Im Jahr 2026 werde es wieder mehr Förderungen durch Drittmittel geben.

Frau Dr. Schwarm stellt den Geschäftsbericht des Museums Huelsmann vor.

Frau Welz bedankt sich für die Vorstellung des Geschäftsberichts und dafür, dass das Ausstellungsangebot des Museums Huelsmann immer wieder für viele Besucher*innen durch die kreative Verknüpfung mit Themen der Stadt geöffnet werde.

Auf Nachfrage von Frau von Schubert erklärt Frau Dr. Schwarm, dass der substanzielle Aufwuchs bei den Einnahmen im Jahr 2025 mit Spenden, Drittmitteln und Schenkungen begründet werden könne.

Herr Dr. Höpfner stellt den Geschäftsbericht des Naturkunde-Museums vor.

Herr Kollmeier bedankt sich für die Ausführungen und erklärt, dass alle Berichte eindrucksvoll gezeigt hätten, was die Kulturinstitute in Bielefeld zu bieten hätten. Bei der angebotenen Vielfalt sei ein wesentlicher Teil die demokratische Bildungsarbeit und es sei die Aufgabe der Politik, diese vielfältige Bildungsarbeit in den Einrichtungen zu schützen.

Frau Beckermann stellt ebenfalls fest, dass Bielefeld stolz auf die vorhandenen städtischen Kultureinrichtungen sein könne und bedankt sich bei den Leitungen, die heute ihre Geschäftsberichte vorgetragen hätten, aber auch bei allen Mitarbeiter*innen, für ihren Einsatz. Die Anerkennung durch die Politik sei wichtig für die weitere Arbeit der Einrichtungen.

Herr Weber bedankt sich bei den Amtsleiter*innen für ihre Berichte und die Mitglieder des Kulturausschusses nehmen die vorgestellten Geschäftsberichte zur Kenntnis.

-.-.-

Gez. Michael Weber

Gez. Andrea Ellinghorst